

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Vorsitzende Dr. Siegrid Skarpelis-Sperk,

vielen Dank für die Einladung, die ich sehr gerne angenommen habe. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ist es gerade für mich als Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe äußerst wichtig, heute bei Ihnen zu sein. Im Namen der gesamten Parlamentariergruppe möchte ich Ihnen die besten Wünsche und den Dank für Ihr Wirken überbringen. Wir wissen die wichtige Arbeit, die Sie hier in Deutschland für die Freundschaft der Menschen in unseren beiden Ländern leisten sehr zu schätzen.

Ihre Arbeit ist heute wichtiger denn je. Mit der Finanzkrise und der sehr harten Haltung Deutschlands und der Eurogruppe zu den Entwicklungen in Ihrem Land, hat sich das Ansehen Deutschlands in Griechenland deutlich verschlechtert. Aber auch durch die inakzeptable Berichterstattung mancher Medien in Deutschland ist das Bild Griechenlands völlig in Schiefelage gekommen. Hier ist es unsere gemeinsame Aufgabe, diesem verzerrten Bild über Griechenland zu widersprechen und für eine reale Information einzutreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das derzeitige Wirtschaftskonzept der Europäischen Union hat den internationalen agierenden Unternehmen und Banken in den letzten Jahren Rekordgewinne in Milliardenhöhe verschafft, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit immer weniger Reallöhnen auskommen müssen. Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer und führt heute zu Widerstand in vielen Ländern der EU.

Heute hat sich im europäischen Diskurs der Begriff „Wettbewerbsfähigkeit der Staaten“ als zentrale Forderung an alle europäischen Staaten durchgesetzt. Anfang der 90er Jahre gab es diesen Begriff noch gar nicht.

Wie kam es, dass es aber jetzt in aller Munde ist? Es ist weithin unbekannt, dass ein mächtiger europäischer Lobbyverband, der European Round Table of Industrialists (ERT), in dem die Chief Executive Officers (CEOs) der größten europäischen Konzerne sitzen, die Wettbewerbsfähigkeit auf die politische Agenda gesetzt hat. 1993 empfahl der ERT der EU-Kommission, eine European Competitiveness Council mit dem Mandat ins Leben zu rufen, die

Wettbewerbsfähigkeit als höchste Priorität auf der politischen Agenda zu halten.

Die EU sollte bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ weiterentwickelt werden. Dieses Ziel ist zwar nicht erreicht worden, aber die sogenannte Lissabon-Strategie wurde zu einem Programm des Sozialabbaus in der EU benutzt. Sie hat den großen Unternehmen Riesengewinne beschert, Arbeitsplätze vernichtet und den Einzelnen nicht nur neue Steuerlasten, sondern auch zunehmend finanzielle „Eigenverantwortung“ für Bildung, die Alters- und Gesundheitsversorgung aufbürdet.

Der ehemalige Vorsitzende von SOLVAY und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähigkeit des ERT hat die Verabschiedung der Lissabon-Strategie als „doppelte Revolution“ bezeichnet:

„Auf der einen Seite reduzieren wir Macht und Einfluss des Staates und des öffentlichen Sektors durch Privatisierung und Deregulierung. Auf der anderen Seite transferieren wir viel von der Macht der Nationalstaaten hin zu einer international ausgerichteten Struktur auf europäischer Ebene. Die europäische Integration entwickelt sich und hilft internationalen Industrien wie unserer.“

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

Griechenland hat mit der gesamten Härte die Folgen einer solchen Politik erfahren müssen. Mehr als 20 Prozent der griechischen Bevölkerung ist arbeitslos, etwa 50 Prozent aller Jugendlichen in Griechenland haben keinen Arbeitsplatz. Immer mehr Menschen in Griechenland werden in Armut und Perspektivlosigkeit alleine gelassen.

Durch den Fiskalpaket werden die gewählten Regierungen und Parlamente in ihrer demokratischen Souveränität eingeschränkt und verlieren die Hoheit über ihre nationalen Haushalte.

Aber auch die Niedriglohnpolitik in den exportorientierten Staaten wie Deutschland hat die Lage in Griechenland deutlich verschlechtert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Jahr 1996 warnte der damalige Chef der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, eindringlich vor der Herrschaft der Finanzmärkte. So sagte er auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 1996: „Die meisten Politiker sind sich noch nicht im Klaren darüber, wie sehr sie unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“

Diese Aussage hat er vor 15 Jahren getroffen und - das ist das Erschreckende – seine Prognose ist punktgenau eingetroffen.

Gemeinsam möchte ich mich mit ihnen dafür einsetzen, dass die Haushalte der EU-Staaten nicht mehr durch Rating-Agenturen zerstört werden.

Ich bin erschrocken, als ich das nationale Konsolidierungsprogramm für Griechenland mit seinen vorgeschriebenen umfangreichen Privatisierungen gesehen habe. Erfahrungen in allen Länder zeigen, dass Privatisierungen kein Mittel ist, einen Staat zu konsolidieren. In vielen Staaten der EU wird heute wieder über eine Rekommunalisierung von ursprünglich privatisierten Bereichen nachgedacht. Aber Griechenland soll seinen Staatsbesitz an private Investoren verkaufen.

Ich habe große Sorgen, dass die soziale Spaltung innerhalb der europäischen Gesellschaften zunehmen wird.

Jeremy Rifkin prophezeite in seinem Buch „Das Ende der Arbeit“ schon 2001 folgendes:

„Wenn der drastisch angestiegene Produktivitätsgewinn nicht aufgeteilt wird, sondern hauptsächlich an Aktionäre, Manager und die Elite „Wissensarbeiter“ ausgeschüttet wird, wird sich der Graben zwischen den Habenichtsen und den Wohlhabenden vergrößern, es wird überall zu sozialen und politischen Unruhen kommen“. Das erleben wir jetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

aufgrund der vorgeschriebenen Sparbeschlüsse, mit denen die Kürzung der Renten und Gehälter um bis zu 20% durchgesetzt wurde, begleitet von steigenden Preisen für Lebensmittel, Tabak und Benzin, nimmt die absolute Armut vieler Griechen und Griechinnen zu. Dem möchte ich nicht tatenlos zuschauen.

Zuerst haben wir hier in Deutschland die Aufgabe über die realen Verhältnisse in Griechenland zu informieren, damit die durch Medien und populistische Reden

erzeugten Vorurteile über die griechische Krise zurechtgerückt wird. Dann gilt es gemeinsam für eine solidarische Lösung für die schwere wirtschaftliche und soziale Krise in Griechenland zu streiten.

Ihre Arbeit hier in Deutschland ist wie eine Brücke zwischen Deutschland und Griechenland. Auch wenn viele Millionen Deutsche in Griechenland Urlaub machen, brauchen wir ein tieferes Verständnis in Deutschland für die Sorgen und Nöte Ihres Landes.

Dazu möchte ich gerne beitragen und mich ganz herzlich für die Einladung bedanken.